



August 2026

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Laut den von *borderline-europe* erhobenen Daten erreichten im August 2026 insgesamt **2.856** Menschen auf der Flucht bzw. Asylsuchende Italien über den Seeweg. Das entspricht einem deutlichen Anstieg von **93%**¹ gegenüber dem Juli. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich dagegen ein starker Rückgang: Im August 2025 kamen mehr als **5.000** Menschen an Italiens Küsten an, die Ankünfte im August 2026 lagen damit **46%** niedriger. Die Mehrheit der Menschen (**2.290** Personen bzw. **80%**) kam in Sizilien an, vor allem auf Lampedusa, was ebenfalls einen Rückgang gegenüber August 2025 bedeutet. Der in den vergangenen Monaten beobachtete Trend einer breiteren Verteilung der Ankünfte über das ganze Land setzt sich fort, mit steigenden Zahlen in Kalabrien (**81**), den Abruzzen (**137**) und der Emilia-Romagna (**138**). Dies lässt sich allein darauf zurückführen, dass die italienischen Behörden zivilen Seenotrettungsschiffen weitentferntere Häfen zuweisen. Sizilien bleibt dennoch der wichtigste Ausschiffungsort.

Nach unseren Zahlen wurden im August **1.482** Menschen (**52%**) von den italienischen Behörden gerettet, während insgesamt 714 Menschen (**25%**) von zivilen Seenotrettungsorganisationen gerettet wurden. Im Juli war der Anteil ähnlich hoch. Frontex war an der Rettung von 86 Menschen (**3%**) beteiligt.

Die Zahl der selbstständigen Ankünfte ist auffallend hoch, insbesondere im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres und zum Juli 2026. **430** Menschen (**15%**) erreichten in diesem Monat die italienischen Hoheitsgewässer (12 Seemeilen vor der Küste) selbstständig, ohne zuvor abgefangen oder gerettet worden zu werden. Im Juli verzeichneten wir nur **15** selbstständige Ankünfte, im selben Monat des Vorjahres waren es **174**. Von den **430** selbstständigen Ankünften im August landeten **370** in Sizilien, was ungewöhnlich ist. Selbstständige Ankünfte wurden bislang regelmäßiger in Sardinien registriert, wo die Küste häufig von Algerien aus erreicht wird. Die Gründe für den Anstieg der selbstständigen Ankünfte in Sizilien lassen sich noch nicht eindeutig bestimmen; wir werden die Entwicklung in den kommenden Monaten weiter beobachten.

Laut offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums kamen im August **2.930** Menschen in Italien an. Unsere überprüften Zahlen für diesen Monat liegen etwas niedriger. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass wir keinen Zugang zu den Hintergrundinformationen oder Quellen haben, auf denen die vom Innenministerium veröffentlichten Zahlen beruhen.

¹ Die Ankünfte über das Meer nach Italien lagen im Sommer 2026 deutlich unter denen des Vorjahres bzw. der Vorjahre. Die Gründe für diesen Rückgang lassen sich anhand der verfügbaren Daten nicht abschließend bestimmen. Mögliche Faktoren sind vermehrte Abfangaktionen und Rückführungen auf See sowie verschärfte Kontrollen und Restriktionen, die Menschen auf der Flucht bereits vor der Abfahrt betreffen. Zugleich sind Migrationsrouten äußerst dynamisch und können sich als Reaktion auf veränderte Bedingungen in den Herkunfts-, Transit- und Abfahrtsländern sowie auf Entwicklungen entlang der Routen selbst verlagern. Die geringere Zahl registrierter Ankünfte ist daher nicht zwangsläufig als Rückgang der Zahl der Menschen zu verstehen, die versuchen zu migrieren; sie kann auch Veränderungen bei den Routen, der Abfangpraxis und der Möglichkeit widerspiegeln, die europäischen Küsten zu erreichen. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle genannten Prozentangaben auf die Gesamtzahl der Menschen, die in diesem Monat über das Meer nach Italien gekommen sind.

Übersicht der von <i>borderline europe</i> erhobenen Daten	
Ankünfte von Menschen auf der Flucht in Italien über das Meer	2.856
Ankünfte von Menschen auf der Flucht in Sizilien	2.290
Rettungen durch italienische Behörden und Frontex	1.609
Rettungen durch NGOs	714
Selbstständige Ankünfte von Menschen auf der Flucht	430
Rettungen durch Handelsschiffe	0
Ankunftsart unbekannt	103

Diese Zahlen können sich noch ändern, da die Zahl der nicht gemeldeten Fälle deutlich höher sein

PUSH – UND PULLBACKS

In diesem Monat haben wir **1.121** Abfangaktionen² im zentralen Mittelmeer dokumentiert, bei denen Boote mit Menschen auf der Flucht zurückgedrängt oder an die nordafrikanische Küste geschleppt wurden. Die Mehrheit der abgefangenen Personen wurde nach Libyen zurückgebracht (**1.060** Personen bzw. **95%**). **61** Personen wurden nach Tunesien zurückgebracht. Diese Zahlen sind nicht als gesichert zu betrachten, da die tatsächliche Zahl deutlich höher liegen könnte und es vermutlich auch Abfangaktionen bzw. Pullbacks in andere Abfahrtsländer gibt. Im Vergleich zum Juli 2026, als **1.230** Abfangaktionen registriert wurden, ist die Zahl der dokumentierten Pullbacks in diesem Monat leicht gesunken.

Diese Entwicklungen verdeutlichen weiterhin die systematische Praxis, Asylsuchende auf der zentralen Mittelmeerroute von sicheren Häfen in der EU fernzuhalten, sowie die anhaltend hohe Gefahr, der Menschen auf der Flucht auf See ausgesetzt sind.

² Abfangaktionen (Interceptions) sind gewaltsame Pushbacks auf See in einen Drittstaat. So führt beispielsweise die sogenannte libysche Küstenwache, die maßgeblich von Italien und anderen EU-Mitgliedstaaten finanziert und ausgerüstet wird, Abfangaktionen durch, indem sie Boote auf dem Weg nach Europa abfängt und die Menschen gewaltsam nach Libyen zurückbringt

TOTE & VERMISSTE

Im August ist die Zahl der Toten und Vermissten im zentralen Mittelmeer im Vergleich zum Juli deutlich gestiegen. Nach unseren Zahlen starben im August **104** Menschen auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer, das Schicksal von **21** weiteren Menschen ist weiterhin ungeklärt. Die geschätzte Zahl der nicht erfassten Fälle liegt vermutlich deutlich höher. Im Juli 2026 hatten wir **58** Todesopfer und Vermisste erfasst; in diesem Monat bedeutet das einen Anstieg von **115 %** gegenüber dem Vormonat.

Was wir seit Monaten berichten, hat in diesem Monat erneut einen traurigen Rekord erreicht. Während die italienische Regierung den Rückgang der Ankünfte von Menschen auf der Flucht an Italiens Küsten als politischen Erfolg feiert, schaut sie weg angesichts des wachsenden Massengrabs, zu dem das zentrale Mittelmeer seit Jahren wird. Diese Todesfälle sind die direkte Folge einer tödlichen EU-Migrationspolitik, die die Zusammenarbeit mit Akteuren stetig ausbaut, die nachweislich Menschenrechte verletzen und täglich illegale Pushbacks durchführen. Der Neue Pakt zu Migration und Asyl setzt diese Politik der Externalisierung und Abschreckung fort und verfestigt sie weiter, wodurch sich die tödlichen Folgen der europäischen politischen Entscheidungen zur Migration verschärfen. Gleichzeitig nehmen der politische Druck und die Repression gegenüber zivilen Seenotrettungsschiffen zu, was die Rettung von Menschen bei Schiffsunglücken erschwert. Auch in diesem Monat gab es eine Häufung von Schiffsunglücken, bei denen die Hilfe zu spät kam.

Am 21. August legte ein Boot mit [15 Menschen](#) in Tunesien ab. Die meisten von ihnen stammten direkt aus Ben Guerdane, einer Küstenstadt im Südosten des Landes, darunter [sieben Mitglieder](#) derselben Familie. Sie erreichten ihr Ziel Lampedusa jedoch nie. Kurz nach der Abfahrt, etwa 26 km vor der Küste von Zarzis, sank das überfüllte Boot. Nur eine Person wurde von einem Handelsschiff gerettet und nach 48 Stunden auf See nach Libyen zurückgebracht. In den Tagen nach dem Unglück wurden insgesamt [19 Leichen an der Küste von Ben Guerdane angespült](#); es bleibt jedoch unklar, ob es sich um Opfer dieses Schiffbruchs handelt. Die Menschen in Ben Guerdane reagierten auf das Unglück mit heftigen Protesten und forderten die tunesische Regierung zum Handeln auf. Ihre Wut brachten sie durch Straßenblockaden zum Ausdruck, Wut über jahrelange Marginalisierung und begrenzte Perspektiven, die ihre Mitbürger*innen dazu zwingen, bei der Überfahrt über das Mittelmeer auf der Suche nach besseren Aussichten in Europa ihr Leben zu riskieren.

WEGE NACH EUROPA

Die Transitländer Libyen, Tunesien und Algerien sind die wichtigsten Abfahrtsorte für die Überfahrt nach Italien. Im August sind mindestens **1.525** der in Italien Angekommenen aus Libyen und **447** aus Tunesien abgefahren (Anm.: Die Zahl dürfte deutlich höher liegen, doch es gibt nur wenige Informationen über Abfahrten oder Abfangaktionen aus Tunesien). **24** Menschen kamen aus Algerien nach Italien. Bei **860** Menschen ist der Abfahrtsort unbekannt

Installation von Überwachungskameras an der tunesisch-libyschen Grenze

Auch in diesem Monat wurde deutlich, mit welch brutalen Methoden die Europäische Union versucht, Menschen auf der Flucht am Erreichen Europas zu hindern. Das [EUBAM-Projekt](#), das die libysche Regierung beim „[Grenzmanagement](#)“ unterstützen soll und dafür über drei Jahre mit 52 Millionen Euro finanziert wird, hat im August eine neue Initiative vorgestellt.

Der 200 Kilometer lange Abschnitt entlang der tunesisch-libyschen Grenze zwischen Ras Agedir (an der Küste) und Al Assah (in der Wüste) [wird künftig mit zahlreichen optischen und Wärmebildkameras ausgestattet](#). Jedes Jahr [sind 10.000 Menschen](#) auf der Flucht gezwungen, diese Grenze zu überqueren, wobei die Gefahr, in libysche Lager verschleppt oder in der Wüste ausgesetzt zu werden, schon jetzt sehr hoch ist. Laut dem [Tunesischen Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte](#) hat Tunesien allein zwischen 2023 und 2024 über 100.000 Geflüchtete festgenommen und die Mehrheit von ihnen über die Grenze nach Libyen abgeschoben, wo ihnen Haft und Folter in libyschen Lagern drohen.

Laut offiziellen Angaben sollen die neuen [Kameras „Bedrohungen frühzeitig erkennen“](#). Mit „Bedrohungen“ sind Menschen auf der Flucht gemeint. Für sie erhöhen die Kameras das Risiko, am Erreichen Europas und eines sicheren Lebens gehindert sowie unterwegs verschleppt oder gefoltert zu werden.

Das Lager bzw. Gefängnis, in das die meisten Menschen in diesem Grenzabschnitt gebracht werden, liegt in Al Assah in Libyen und wird unter anderem von tunesischen Behörden beaufsichtigt. In einem von [„State Trafficking“](#) veröffentlichten Bericht schildern Betroffene die brutalen Bedingungen in diesem libyschen Lager. Inhaftierte Migrant*innen werden täglich geschlagen, es gibt keine sanitären Einrichtungen, und aus Angst vor Ansteckung zwingen libysche Wachen andere Inhaftierte, ihre Mitgefangenen mit Stöcken zu schlagen, um den direkten Kontakt zu vermeiden. Laut der italienischen Zeitung [„Avvenire“](#) reiste Mitte August eine europäische Delegation gemeinsam mit der libyschen Grenzschutzbehörde und dem Innenministerium in dieses Gebiet, [„um die Umsetzung der für die erste Phase geplanten Arbeiten zu überprüfen“](#), womit die Installation der Überwachungskameras gemeint ist. Angesichts der gut dokumentierten, schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, die nur wenige Kilometer entfernt täglich geschehen, entscheiden sich die Verantwortlichen dafür, das Problem zu ignorieren.

Dies ist eine von vielen Maßnahmen, mit denen die EU ihre Außengrenzen externalisiert. Das gewaltsame Modell der Festung Europa hat sich längst weit über die eigenen Grenzen hinaus ausgebreitet.

ZIVILER WIDERSTAND

Im August waren **8** Schiffe der zivilen Flotte im zentralen Mittelmeer im Einsatz und retteten insgesamt **714** Menschen aus Seenot (**25%** aller Ankünfte).

.

Neues Schiff und mehrfache Rettung

Auf ihrer ersten Mission rettete die [Humanity 2](#), das neue Segelschiff von SOS Humanity, 71 Menschen in zwei aufeinanderfolgenden Einsätzen. Die erste Rettung fand am 28. August in der libyschen Such- und Rettungszone statt, als das Schiff 12 Menschen von einem kleinen Glasfaserboot an Bord nahm. Am nächsten Tag traf das Schiff auf ein weiteres seeuntüchtiges Boot mit 59 Menschen. Bei der Gesundheitskontrolle stellte die Crew drei Knochenbrüche fest, und viele Menschen litten unter Dehydrierung. Die italienischen Behörden wiesen Lampedusa als sicheren Hafen zu, wo alle 71 Geretteten von Bord gingen. SOS Humanity hob dies als einen der Vorteile des neuen Schiffs hervor: Aufgrund seiner geringen Größe können die italienischen Behörden keinen weit entfernten sicheren Hafen zuweisen, da längere Fahrten nicht möglich sind. So kann die neue Humanity 2 einige der üblichen Behinderungen umgehen, die die italienischen Behörden der zivilen Flotte auferlegen, indem sie ihr tendenziell weit entfernte Häfen zuweisen

Schüsse auf die Louise Michel

Am 26. August gab die sogenannte libysche Küstenwache [zwei Schüsse](#) in Richtung des Rettungsschiffs Louise Michel ab.

Der Vorfall ereignete sich, als die Louise Michel neben der sogenannten libyschen Küstenwache bei einem Boot in Seenot eintraf. Die sogenannte libysche Küstenwache begann sofort mit dem Abfangmanöver, in dessen Folge zwei Personen über Bord gingen. Trotz wiederholter Hilfsangebote der Louise Michel bei der Rettung der Menschen in Seenot erhielt die Crew keine Antwort. Stattdessen gab die sogenannte libysche Küstenwache nach zwanzig Minuten zwei Schüsse auf die Louise Michel ab. Die Crew blieb unverletzt, während die sogenannte libysche Küstenwache ihr illegales Abfangmanöver abschloss und die Menschen auf der Flucht nach Libyen zurückbrachte. Dort werden sie höchstwahrscheinlich in Haftzentren landen, in denen ihre Rechte nicht respektiert werden. Der Vorfall [wurde vom Flugzeug Sea-Bird gefilmt](#), das das Boot der sogenannten libyschen Küstenwache als ein altes, 2017 gespendetes italienisches Schiff identifizierte. Dies belegt einmal mehr die Komplizenschaft der EU bei diesen Vorgängen. Die EU kofinanziert Milizen, die zivile Rettungseinsätze bedrohen und Menschen, die Schutz suchen, daran hindern, Europa zu erreichen. Wir können nur unsere Forderung wiederholen, dass die EU die Finanzierung libyscher Milizen einstellt und sichere Fluchtwege schafft.

Kriminalisierung der Seenotrettung

Im August setzte die italienische Regierung erneut [ein ziviles Seenotrettungsschiff](#) fest. Nachdem die Sea-Watch 5 der deutschen Rettungsorganisation Sea-Watch am 13. August sechs Menschen aus Seenot gerettet und acht Leichen dokumentiert hatte, wurde sie in Neapel für 45 Tage festgesetzt und mit einer Geldstrafe von 7.500 Euro belegt. Als Begründung wird angeführt, Sea-Watch habe die libyschen Behörden nicht über die Rettung informiert. Es sind dieselben sogenannten Behörden, die bereits im Mai auf die Sea-Watch 5 und in diesem Monat auf die Louise Michel geschossen haben. Sie sind zudem dafür bekannt, Schutzsuchende in libysche Haftlager zurückzubringen, statt sie in einen sicheren Hafen zu bringen. Es ist nicht der erste Fall, in dem ein Schiff mit dieser Begründung festgesetzt wurde. In ähnlichen Fällen haben Gerichte entschieden, dass Festsetzungen aus diesen Gründen rechtswidrig sind, da Libyen nicht als sicherer Ort für Menschen auf der Flucht gelten kann und [NGOs daher nicht verpflichtet werden können, sich mit den libyschen Behörden abzustimmen](#).

Es ist sicher kein Zufall, dass das Sea-Watch-Schiff festgesetzt wurde, als sich der Streit zwischen Italien und Deutschland um die [sogenannten Dublin-Fälle](#) zuspitzte. Auslöser war die Ankündigung Deutschlands, „Sekundärmigrant*innen“ (Menschen, die nach ihrer Ankunft in Italien weiter nach Deutschland gereist sind) nach Italien zurückzuschicken. Diese Praxis war seit 2023 ausgesetzt, soll nun aber mit der [Umsetzung der GEAS-Reform](#) wieder aufgenommen werden. Als Reaktion drohte Italien damit, der deutschen Regierung die Kosten für Menschen in Rechnung zu stellen, die von Seenotrettungsorganisationen, die unter deutscher Flagge fahren, in Italien in Sicherheit gebracht wurden. Das zeigt erneut, wie Menschen auf der Flucht und Seenotrettungseinsätze, weiterhin als politisches Druckmittel instrumentalisiert werden. Die Ereignisse im August machen einmal mehr deutlich, wie stark die Arbeit der zivilen Seenotrettungsorganisationen behindert wird. Diese Organisationen werden zu politischen Spielfiguren in den Auseinandersetzungen zwischen Italien und Deutschland und sind willkürlichen Festsetzungen ausgesetzt. Gleichzeitig wird ihre Arbeit im zentralen Mittelmeer immer gefährlicher. Es häufen sich Berichte über Drohungen und Gewalt, denen Rettungsboote durch die sogenannte libysche Küstenwache ausgesetzt sind. Jedoch fällt sie kaum ins Gewicht im Vergleich zur Gewalt, die die libysche Küstenwache an Migrant*innen ausübt. Statt staatliche Ressourcen in die Kriminalisierung von NGOs zu stecken, ist eine Untersuchung des Vorgehens der sogenannten libyschen Küstenwache längst überfällig. Es ist an der Zeit, dass die EU Verantwortung übernimmt, die Finanzierung Libyens einstellt und legale Fluchtwege schafft.

Kontakt:

Büro Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de>
italia@borderline-europe.de